
Chronik

der Arbeit des Schreiber-Untersuchungsausschusses

1.6.01:

Erste öffentliche Sitzung des Schreiber-Untersuchungsausschusses:

Behandelt wurden die Fragen im Zusammenhang mit dem ominösen Verschwinden der Festplatte von Max Josef Strauß. Zur Vorgeschichte: Für den 14.12.1995 beantragte die Augsburger Staatsanwaltschaft die Durchsuchung von über 40 Objekten, darunter auch die der Privat- und Kanzleiräume von Max Josef Strauß. Allein diese Durchsuchung wurde von der zuständigen Augsburger Ermittlungsrichterin am 13.12.1995 abgelehnt. Nachdem eine Beschwerde gegen die Ablehnung dieser Durchsuchung Erfolg hatte, fand sie schließlich am 10.01.1996 statt. Unter den beschlagnahmten Gegenständen befanden sich u.a. ein Laptop 486, ein Streamerband zur Sicherung der Kanzleidaten und über 100 Disketten. Unter den Disketten waren auch einige System- und Treiberdisketten, die eindeutig einem 586-Pentium Laptop zuzurechnen waren, dieser war aber nicht unter den beschlagnahmten Gegenständen. Der neue Laptop muss von Max Strauß auf die Seite geschafft worden sein. Aus diesem Grund plante der zuständige Staatsanwalt eine weitere Durchsuchung der Räume von Max Strauß und fertigte hierzu am 27.02.1996 eine Aktennotiz. Die Durchsuchung unterblieb jedoch. Die Gründe hierfür sind völlig unklar. Dieser Umstand war Susanna Tausendfreund, der Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beim Aktenstudium aufgefallen. Der Ausschuss wird sich in der nächsten Sitzung am 19.06.2001 u.a. hiermit beschäftigen und den damals zuständigen Staatsanwalt Weigand befragen. Der Verbleib der nach der Beschlagnahme verloren gegangenen Asservate, Streamerband und Festplatte, konnte noch nicht geklärt werden. Offen blieb bisher auch die Frage, warum das Landeskriminalamt bei der Rekonstruktion des Streamerbandes und der Festplatte nicht tätig werden wollte. Die Aussagen der beiden befragten LKA-Beamten war jedenfalls in vielen Punkten widersprüchlich.

22.6.01:

Geladen war dieses Mal Staatsanwalt Klaus-Jochen Weigand. Zur Erinnerung: Er fertigte eine Aktennotiz vom 27.02.1996 mit dem Inhalt an, dass eine zweite Durchsuchung der Kanzlei- und Wohnräume von Max Strauß veranlasst sei, um einen 586 Pentium-Laptop zu finden. Diese Durchsuchung fand jedoch nie statt. Zur Begründung gab er an, er wollte zunächst die Auswertungen der beschlagnahmten Beweismittel abwarten. Für die grüne Abgeordnete Susanna Tausendfreund war diese Aussage unbefriedigend. Sie äußerte, dass auch ohne die Erkenntnisse der Auswertung der ersten Durchsuchung noch einmal hätte durchsucht werden müssen, nachdem für die Staatsanwaltschaft ersichtlich war, dass es den zweiten, neueren Laptop geben musste. Schließlich war Strauß gewarnt und sicherlich im Begriff Beweismittel weg zu schaffen. Weigand Aussage bestätigte, dass sich das Landeskriminalamt weigerte, technische Hilfe bei der Rekonstruktion der Daten des Streamerbandes aus der Strauß-Kanzlei zu leisten. Zunächst habe ihm gegenüber Herr Stenger vom LKA telefonisch Hilfe zugesagt, im Schreiben des LKA vom 12.04.1996 wurde seine Bitte jedoch abgelehnt. Das LKA hatte aufgrund des Auftrags der Staatsanwaltschaft Augsburg wissen müssen, um welches Verfahren es sich handelte und somit auch die Kenntnis über den Wert des brisanten Beweisstücks. Die fehlende Amtshilfe bleibt unverständlich. Weigand berichtete, dass der Leitende Oberstaatsanwalt Hillinger einen Bericht an die Generalstaatsanwaltschaft zur Auswertung der Festplatte zweimal mit Datum vom 19.01.1996 verfasst hat. Es ging jeweils um die Kosten der Datenrettung in Höhe von 150.000 DM. Im ersten Bericht zog Hillinger den Schluss, dass trotz der hohen Kosten eine Auswertung veranlasst sei. Dieser Bericht wurde vom Münchner Generalstaatsanwalt Froschauer nicht akzeptiert. Hillinger musste einen zweiten Bericht mit dem selben Datum auf Grund der hohen Kosten auf Auswertung der Daten verzichtet werden sollte.

29.06.01:

Zu der Sitzung waren zwei Sachverständige geladen, die das Unfallauto des leitenden Oberstaatsanwaltes Hillinger untersucht hatten. Hillinger, dessen Behörde u.a. gegen Schreiber und Strauß ermittelte, war bei einem Autounfall im April 1999 ums Leben gekommen. Trotz der detaillierten Untersuchungen bleiben weiterhin einige Fragen offen: es konnte nicht geklärt werden, ob die abgebrochene Stiftspitze eines Ventils des Hauptzylinders vor oder nach dem Unfall abgebrochen war, ob Hillinger beim Unfall versucht hat zu bremsen oder nicht und warum sich der Seitenairbag nicht geöffnet hat. Die angefertigten Gutachten und die Aussagen der Sachverständigen vor dem Untersuchungsausschuss lassen jedoch keine Schlüsse auf Manipulationen am Unfallauto zu. Spekulationen, Hillinger sei einem Anschlag zum Opfer gefallen, haben sich nicht bestätigt.

6.7.01:

Am Dienstag war der leitende Oberstaatsanwalt Reinhard Nemetz als Zeuge vor dem Schreiber-Untersuchungsausschuss geladen. Dabei ging es ein weiteres Mal um die verschwundene Festplatte und das

ebenfalls verschwundene Streamerband von Max Strauß. Trotz Nemetz' Ausführungen blieb dabei weiterhin unklar, warum die Staatsanwaltschaft Augsburg nicht eine nochmalige Durchsuchung bei Max Strauß anordnete, nachdem klar geworden war, dass es einen weiteren, neueren Laptop geben musste, der nicht beschlagnahmt worden war. Bei der Durchsuchung am 10.01.1996 war den Behörden nur ein älterer Laptop übergeben worden, dessen Festplatte kurz zuvor neu formatiert und überschrieben worden war und die später auf ungeklärte Weise verschwand. Weiterhin blieben die näheren Umstände im Dunkeln, warum Nemetz Vorgänger, der tödlich verunglückte Jörg Hillinger, nach einem Gespräch mit Generalstaatsanwalt Froschauer einen zweiten Bericht mit dem selben Datum (19.01.1996) an den "General" verfasst hat bzw. verfassen musste, in dem Hillinger dann zum genau gegenteiligen Ergebnis kam. Im ersten Bericht wollte er noch die Festplatte für ca. 150.000,- DM untersuchen lassen, im zweiten hat er eine Untersuchung abgelehnt. Bei der anschließenden Vernehmung des früheren Präsidenten des Landeskriminalamtes Hermann Ziegenaus zeigte sich, mit welchen Schwierigkeiten Ermittlungen bayerischer Staatsanwälte verbunden sein können. Das Landeskriminalamt hatte sich mit fadenscheinigen Argumenten geweigert, die Augsburger Staatsanwaltschaft bei der Auswertung der Festplatte und des Streamerbandes zu unterstützen. Das Lesen des Streamerbandes wäre dem LKA technisch möglich gewesen und es lag ein schriftlicher Auftrag der Staatsanwaltschaft vor. LKA Präsident a.D. Ziegenaus verteidigte die Ablehnung auch jetzt vor dem Ausschuss. Für Susanna Tausendfreund, grünes Mitglied im Untersuchungsausschuss ist klar: "Das LKA hat eine Unterstützung der Staatsanwaltschaft verweigert und damit den Ermittlern Prügel zwischen die Beine geworfen. Über die Motive darf spekuliert werden."

28.09.01:

Fortschritte im Verfahren gegen Max Strauß:

Am Dienstag tagte erneut der Schreiber-Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags. Als Zeuge wurde der Augsburger Steuerfahnder Oberamtsrat Winfried Kindler vernommen, der maßgeblich daran beteiligt war, in den letzten sechs Jahren den Korruptionsskandal rund um Schreiber aufzudecken. Der einzige Beschuldigte im Schreiber-Komplex, der noch nicht angeklagt werden konnte, ist Max Strauß. Gegen ihn wird in Augsburg wegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche ermittelt. Ein Rechtshilfeersuchen an Frankreich, dessen Antwort den Augsburger Ermittlern seit Juni diesen Jahres vorliegt, soll nun neue Erkenntnisse und Beweise liefern, die das Verfahren zum Abschluss bringen können. Susanna Tausendfreund, grünes Ausschussmitglied, zeigte sich nach Kindlers Vernehmung zuversichtlich: "Kindlers Aussagen lassen hoffen, dass nun auch das Verfahren gegen Max Strauß bis zur Anklage vorangetrieben werden kann." Besondere Brisanz liegt in der Frage, ob auch Kultusministerin Monika Hohlmeier, Strauß' Schwester, an illegalen Provisionen aus den dubiosen Geschäften ihres Bruders mitverdient haben könnte.

12.10.01:

CSU behindert Arbeit im Schreiber-Ausschuss

Diese Woche hat der Schreiber-Untersuchungsausschuss im Bayerischen Landtag den Leiter der Steuerfahndung in Augsburg, Anton Gumpendobler, als Zeuge vernommen. Die Steuerfahndung in Augsburg war an der Aufdeckung des Skandal-Komplexes rund um den Waffenhändler Schreiber maßgeblich beteiligt. Die Aussagen des Zeugen Gumpendobler vor dem Ausschuss waren indes weit weniger brisant. Gumpendobler verschanzte sich hinter aneblichen Vorschriften des Steuergeheimnisses und verweigerte in vielen Punkten die Aussage im öffentlichen Teil der Sitzung. Dabei wurde er aus den Reihen der CSU massiv unterstützt. Susanna Tausendfreund, grünes Mitglied im Untersuchungsausschuss betrachtet das Steuergeheimnis als vorgeschobenes Argument: "Viele Fragen waren allgemeiner Art und wurden auch im Berliner Untersuchungsausschuss in öffentlicher Sitzung befasst. Die Öffentlichkeit hat schließlich ein Recht darauf, das zu erfahren, was nicht explizit der Verschwiegenheitspflicht eines Zeugen unterliegt." Das Landtagsamt soll nun in einer juristischen Untersuchung überprüfen, ob man den Zeugen in dem konkreten Fall zu einer Aussage im öffentlichen Teil zwingen kann. In diesem Fall wird der Zeuge erneut geladen werden.

19.10.01:

Ex-Staatsanwalt Maier erhebt schwerwiegende Vorwürfe vor dem Schreiber-Ausschuss:

Die Zeugenaussage des früheren Augsburger Staatsanwalts Winfried Maier vor dem Schreiber-Untersuchungsausschuss am Dienstag bringt die bayerische Justiz nach Ansicht der Landtagsgrünen in heftige Erklärungsnöte: "Die Schlinge um den Münchner Generalstaatsanwalt Froschauer hat sich seit gestern empfindlich zugezogen", sagte Susanna Tausendfreund. "Die Litanei der Behinderungs- und Vertuschungsversuche, die Maier dem Ausschuss präsentiert hat, ist eklatant." Allerdings war Froschauer nach Ansicht der Grünen nicht die letzte Instanz in dieser Justiz-Affäre: "Der Generalstaatsanwalt scheint bei seinen Ausbrems-Aktionen vielmehr der verlängerte Arm des Justizministeriums und dessen Amtschefs Wolfgang Held gewesen zu sein", so Susanna Tausendfreund. Mit Spannung erwarten die Grünen so auch die außerplanmäßig für den 23. Oktober angesetzte Fortsetzung der Befragung Maiers. Die Fragenkomplexe nach dem verschleppten Haftbefehl für Holger Pfahls und

die Zuständigkeit für die Leuna-Ermittlungen lassen weitere handfeste Belege dafür erwarten, dass die Augsburger Ermittlungen aus München systematisch torpediert wurden. Besonderes Augenmerk will Susanna Tausendfreund bei den weiteren Zeugenbefragungen auch auf den von Maier geäußerten Vorwurf legen, nach seinem Weggang aus Augsburg sei eine dienstliche Anweisung erlassen worden, dass keine Aktenvermerke mehr über innerdienstliche Vorgänge angefertigt werden dürften: "Sollte eine solche Anweisung tatsächlich existieren, wäre dies ein handfester Justizskandal, weil so die tatsächlichen Verfahrensabläufe vertuscht werden."

26.10.01:

Generalstaatsanwalt Froschauer in Bedrängnis:

Nach der Fortsetzung der Zeugenbefragung des früheren Augsburger Staatsanwalts Winfried Maier vor dem Schreiber-Untersuchungsausschuss fordern die Grünen strafrechtliche Ermittlungen gegen Generalstaatsanwalt Hermann Froschauer: "Es besteht der nachhaltige Verdacht, dass sich Froschauer der versuchten Strafvereitelung im Amt schuldig gemacht hat", sagte die grüne Vertreterin im Untersuchungsausschuss, Susanna Tausendfreund. Parallel zur Arbeit des Ausschusses müsse daher jetzt auch die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen Froschauer einleiten. Strafrechtliche Relevanz sehen die Grünen vor allem in den massiven Eingriffen des Generalstaatsanwalts beim Vollzug eines Haftbefehls gegen den untergetauchten Ex-CSU-Staatssekretär Holger Pfahls. Nach den Aussagen Maiers vom Dienstag hatte Froschauer ungerechtfertigterweise eine Aussetzung des Haftbefehls gegen Pfahls angeordnet. Diese Aussetzung sei nach Einschätzung Maiers nicht durch die Dienstaufsicht des Generalstaatsanwalts gedeckt gewesen.

9.11.01:

Schreiber-Untersuchungsausschuss setzt Zeugenvernehmung fort:

In dieser Woche hat der Schreiber-Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags weitere Zeugen vernommen. Am Dienstag waren Ex-Staatsanwalt Klaus-Jochen Weigand und Oberstaatsanwalt Hans-Jürgen Kolb, am Donnerstag der Leiter der Augsburger Staatsanwaltschaft Reinhard Nemetz vor den Ausschuss geladen. Auch wenn Nemetz die erhobenen Vorwürfe zurückwies, wurde durch die Zeugenaussagen bestätigt, dass die Augsburger Ermittler ihre Berichte gegen ihre Überzeugung so lange umschreiben und damit auf nötige Ermittlungen verzichten mussten, bis diese der Generalstaatsanwaltschaft in München genehm waren. So fielen die Untersuchung von Strauß' Festplatte, die Vernehmung Kohl und die Durchsuchung der CDU-Bundesgeschäftsstelle diesem auf den Kopf gestellten Berichtswesen zum Opfer. Für Susanna Tausendfreund, Abgeordnete der GRÜNEN im Schreiber-Ausschuss bleibt weiterhin das Verhalten von Generalstaatsanwalt Froschauer, am 28.04.99 die Haftbefehle gegen Ex-Staatssekretär Pfahls und die beiden Thyssen-Manager Maßmann und Haastert für zwei Tage außer Vollzug zu setzen, strafrechtlich zu prüfen: "Nach geltendem Recht ist dies Sache des Ermittlungsrichters, der den Haftbefehl schließlich auch geprüft und erlassen hat".

16.11.01:

Froschauer kann die Vorwürfe von Ex-Staatsanwalt Dr. Maier nicht entkräften:

Der Schreiber-Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtages hat am vergangenen Dienstag den ehemaligen Generalstaatsanwalt Hermann Froschauer als Zeugen vernommen. Froschauer bemühte sich, die Vorwürfe seines früheren Staatsanwaltes Dr. Maier zu entkräften, gelungen ist ihm dies jedoch nicht. Die Vernehmung machte für die Landtagsabgeordnete der GRÜNEN, Susanna Tausendfreund, deutlich, dass sie mit ihrer Strafanzeige gegen Froschauer wegen Verdachts der versuchten Strafvereitelung vom 18. Mai 2000 genau richtig gelegen habe. Bis heute wurde kein Ermittlungsverfahren eingeleitet, da die Generalstaatsanwaltschaft über die Einleitung eines Verfahrens gegen Froschauer selbst zu entscheiden hatte. Außerdem lassen die Aussagen von Froschauer erkennen, dass er ein auf den Kopf gestelltes Berichtswesen seiner Staatsanwälte bereits im Vorfeld unterbunden hat. Susanna Tausendfreund: "Die Mischung aus vorauseilendem Gehorsam der bayerischen Justiz, dem langen Arm der alten Strauß-Getreuen und dem Willen der Staatsregierung, sich aus dem Skandalumpf rund um Korruption und Waffenschiebereien herauszuziehen, wird immer deutlicher."

30.11.01:

Schreiber-Untersuchungsausschuss: Eine Frage der Glaubwürdigkeit:

Am Dienstag mussten die Beamten des Landeskriminalamtes ein zweites Mal dem Schreiber-Untersuchungsausschuss Rede und Antwort stehen. Sie hatten die schwierige Aufgabe zu erklären, wie es dazu kam, dass sie "zufälligerweise" bei ihrer ersten Zeugenvernehmung gleichlautend falsch aussagten. Susanna Tausendfreund, Vertreterin der Landtagsgrünen im Ausschuss: "Es hat sich gezeigt, dass das LKA sehr wohl wusste, dass ein Auftrag der Staatsanwaltschaft zur Untersuchung eines brisanten Datenbandes von Max Strauß vorlag. Mit der Weigerung dieses zu untersuchen wurde die Arbeit der Staatsanwaltschaft bewusst behindert." Auch der ehemalige CSU-Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Erich Riedl wurde vernommen. Er erhob schwere Vorwürfe gegen die

bayerische Justiz. Die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen ihn sei durch Weisung des Justizministeriums über Jahre verzögert worden. Dies hätte ihm sein Bundestagsmandat gekostet. Seiner Ansicht nach hätte das Ermittlungsverfahren bereits 1996 eingestellt werden müssen. Am Donnerstag fand der zweite Teil der Vernehmung des ehemaligen Generalstaatsanwalts Hermann Froschauer statt.

Äußerst problematisch an seiner Aussage war, dass er sich mit zwei weiteren Zeugen genau besprochen hatte. Zu dieser "Vorbereitung" hatten sie nicht nur die Akten seiner Behörde zur Verfügung, sondern auch die Handakten der Augsburger Staatsanwaltschaft, die die Vorwürfe gegen Froschauer enthalten. Bei seiner Aussage hat er sich sklavisch an den vorbereiteten Text gehalten, mit dem er lediglich die Aktenlage vorgelesen hat. Details, wie es zu einzelnen Entscheidungen kam oder Gesprächsinhalte waren ihm "leider nicht erinnerlich". Susanna Tausendfreund: "Solch eine Aussage ist für mich nicht glaubwürdig".

7.12.01:

Schreiber-Untersuchungsausschuss: Staatsanwältin Pöschl bestätigt Vorwürfe:

Die Nachfolgerin von Staatsanwalt Dr. Winfried Maier, Staatsanwältin Dr. Barbara Pöschl, bestätigte bei ihrer Vernehmung am Donnerstag vor dem Schreiber-Untersuchungsausschuss wesentliche Vorwürfe gegen den Augsburger Behördenleiter Reinhard Nemetz und Generalstaatsanwalt a.D. Hermann Froschauer. Beispielsweise sei es bei der Besprechung am 30.11.1999 die Entscheidung des Generalstaatsanwalts gewesen, die CDU-Bundesgeschäftsstelle nicht zu durchsuchen. Bei einer Besprechung am 21.12.2000 habe Nemetz die Anweisung an seine Staatsanwälte gegeben, dass innerdienstliche Vorgänge und Meinungsverschiedenheiten nicht mehr in den Handakten dokumentiert werden sollten. Dr. Pöschl berichtete außerdem, dass Froschauer diesen Maulkorberlass ihr gegenüber am 07.02.2001 fast wörtlich wiederholt hatte. Sie fertigte dennoch weiterhin Aktenvermerke, um sich abzusichern. "Damit sollte verschleiert werden, wie interne Entscheidungen zustande kommen und wie der Behördenleiter oder der "General" die ermittelnden Staatsanwälte ausbremsen", kommentiert dies das grüne Ausschussmitglied Susanna Tausendfreund. Am Dienstag bestätigten der stellvertretenden Generalstaatsanwalt Veit Sauter und Oberstaatsanwalt Dr. Walter, dass Froschauer sich mit ihnen zwei Tage lang auf Klausur begeben und nach ausführlichem Aktenstudium ein gemeinsames Ergebnis festgehalten hat. Dabei hatte sich das Trio auch die Handakten der Augsburger Staatsanwaltschaft zu Gemüte geführt, deren Inhalt ihnen zum Zeitpunkt der fraglichen Vorgänge gar nicht bekannt war. Susanna Tausendfreund: "Zeugen müssen die Tathergänge aus ihrer Erinnerung darstellen. Dazu können sie zur Gedächtnisstütze auf die Akten zurückgreifen. Was die Zeugen uns jedoch geboten haben, war das Verlesen einer aktenfesten Gemeinschaftsproduktion." Justizminister Manfred Weiß findet dieses Vorgehen wie immer ganz normal.

25.01.02

Haftbefehl gegen Pfahls: „Damit ist der Kas bissen“

Der Zeuge Dr. Bernd Heine von der Oberfinanzdirektion hat wesentliche Punkte der Vorwürfe gegen Generalstaatsanwalt Froschauer bestätigt: Dr. Heine hält die Gründe, warum der Generalstaatsanwalt am 28.04.99 den Haftbefehl gegen Pfahls und andere ausgesetzt hat, für nicht nachvollziehbar. Schließlich seien sie richterlich erlassen worden. "Damit sei der Kas bissen", so Dr. Heine wörtlich. Der Plan im Mai 99, das Verfahren gegen Karlheinz Schreiber vorläufig einzustellen, hätte entgegen Froschauers Aussage auch zum Ende der Ermittlungstätigkeit geführt. Die im Mai 99 und im Frühjahr 2000 von der Generalstaatsanwaltschaft forcierte Aufspaltung des Verfahrens auf verschiedene Staatsanwaltschaften wäre nach Dr. Heines Ansicht sehr kontraproduktiv gewesen. Um die Aufteilung zu realisieren, hätten unter hohem Personal- und Zeitaufwand die Ermittlungsakten "geschlachtet" werden müssen. Die Vorstellung Froschauers, die Kommunikation zwischen Steuerfahndung und Staatsanwaltschaft einzuschränken und auf Schriftverkehr zu begrenzen, wies Dr. Heine als schädlich für den erfolgreichen Fortgang des Verfahrens zurück. Dr. Heine: "Das kann man so nicht machen!"

1.02.02

Rekonstruktion der Strauß'schen Festplatte nicht gewünscht

Der Schreiber-Untersuchungsausschuss hat sich diese Woche ein weiteres Mal mit der verschwundenen Festplatte des Laptops von Max Strauß beschäftigt. Als Zeuge war Ralph Hensel geladen, ein Vertreter der als seriös einzuschätzenden Datenrettungsfirma Convar. Diese Firma hatte 1996 auf der von Strauß gelöschten Festplatte 10-20 Megabyte Datenfragmente rekonstruiert. Das Ergebnis war von der bayerischen Justiz nicht abgerufen worden. Damit wurde eine Chance, zumindest Bruchstücke der Computerdaten zu rekonstruieren, leichtfertig oder sogar absichtlich vertan. Susanna Tausendfreund, Abgeordnete der Grünen im Ausschuss: "Generalstaatsanwalt Froschauer hat von Anfang an versucht, die Untersuchung der Festplatte mit dem Argument der hohen Kosten zu verhindern. Tatsächlich hätte die größtmögliche Rekonstruktion nach Hensels Aussage nicht wie anfangs behauptet 150.000 DM sondern nur 9.000 - 10.000 DM gekostet."

8.02.02

Untersuchungsausschuss nimmt Spendengebühren bei MBB unter die Lupe

Im Untersuchungsausschuss Schreiber wurden neben Stoibers Schwester, Hannelore Stein, auch die MBB-Manager Helge Wittholz, Hanns-Arnt Vogels und Josef Hort vernommen. Während bei Frau Stein das einzig Spektakuläre die Tumulte der Presse war, konnte Herr Wittholz dem Ausschuss mit interessanten Informationen dienen. Das MBB-Hubschraubergeschäft mit der kanadischen Küstenwache diente offensichtlich dazu, über Karl-Heinz Schreiber Gelder aus Kanada an die CSU zurück zu schleusen. Hintergrund war die von der CSU mitfinanzierte "dump-Clark-campaign" im Jahr 1983. Franz Josef Strauß hatte damals geholfen Joe Clark zu stürzen und stattdessen Brian Mulroney ins Amt des konservativen Parteichefs zu hieven, der später Ministerpräsident Kanadas wurde. Weniger auskunftsfreudig waren die untersuchungsausschusserprobten Zeugen Vogels und Hort. Dennoch verschafften sie Einblicke in das Amigo-System. Vogels empfand sein Verhältnis mit Schreiber als distanziert, obwohl er sich von ihm als Piep - seinem Spitznamen - ansprechen ließ. Nach Aussage von Wittholz lagen sich Vogels und Schreiber nach einer durchzechten Nacht in Kanada am nächsten Morgen fast in den Armen. Die Aussage Vogels, er habe mit Spenden und Provisionen (gemeinhin Schmiergelder genannt) nichts zu tun gehabt, wurde von Josef Hort widerlegt. Hort erzählte auch freimütig, wie er Stoiber öfters Freiflüge nach Südfrankreich spendierte und er auf dessen Bitte seine Schwester bei MBB in der Spendenabteilung unterbrachte.

22.02.02

Franz Georg Strauß im Zeugenstand

Als erster Vertreter der Familie Strauß musste Franz Georg Strauß, Sohn des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß, in den Zeugenstand vor den Schreiber-Untersuchungsausschuss treten. Zwar verweigerte Strauß zu keiner der ihm gestellten Fragen die Aussage, jedoch erbrachte die Vernehmung kaum verwertbare Informationen. Susanna Tausendfreund, grüne Abgeordnete im Schreiber-Ausschuss: "Strauß trat als 'Mister Ahnungslos' auf. Dass er weder über das kanadische Firmengeflecht, das er von seinen Eltern geerbt hat, genauere Kenntnis habe, noch mit seinen Freunden wie dem Holzer Sohn Alfred "Fredri" Holzer über geschäftliche Dinge gesprochen habe, ist höchst unglaubwürdig." Außerdem zeigte die Aussage von Ministerialrat Dr. Helmut Seitz vom Justizministerium, dass Froschauer den Ausschuss angelogen hat, als er behauptete, er hätte mangels Zuständigkeit gar keine Initiativen starten dürfen, in Sachen Leuna die Suche nach einer zuständigen Staatsanwaltschaft voranzutreiben.

15.03.02

CSU blockiert die Arbeit im Schreiber-Ausschuss

Diese Woche vernahm der Untersuchungsausschuss den Staatsanwalt als Gruppenleiter in Augsburg, Christoph Wiesner. Passend zu seinem Auftritt platzte die Nachricht herein, dass die Staatsanwaltschaft Augsburg die Verfahren wegen Geldwäsche gegen Pfahls und Max Strauß eingestellt hat. Die großen Brocken des Verfahrens gegen Strauß und Pfahls (Steuerhinterziehung) laufen aber weiter. Spannend wurde es diesmal in der nicht-öffentlichen Verfahrenssitzung. Die CSU benützte Ihre Mehrheit im Ausschuss, um das Verfahren erheblich zu verzögern: Die Minister hätten nach langer bayerische Tradition das Recht, als letztes vernommen zu werden. Also müsse erst Schreiber vernommen werden. Welche Befürchtungen hat die CSU vor Schreibers Aussage? Sollen die Minister davor geschützt werden, dass Ihre Aussagen durch spätere Zeugen widerlegt werden. Soll die Arbeit des Ausschusses bis nach der Bundestagswahl verzögert werden, um Stoiber zu schützen? Jedenfalls hat die Blockadehaltung der CSU dazu geführt, dass es entweder einen Stillstand gibt oder die Opposition auf Schreibers Aussage in Kanada verzichten muss. Als weiterer Zeuge wurde mit Spannung Max Strauß erwartet. Dieser gehorchte aber brav seinem Rechtsanwalt und machte in allen Punkten von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch.

4. und 6.6.02:

Minister und Stoiber vor den Untersuchungsausschüssen:

Diese Woche gaben sich die bayerischen Minister die Klinke in die Hand, um vor den Untersuchungsausschüssen (dem Bayerischen und dem Berliner) auszusagen. Der personelle Höhepunkt war die Zeugenvernehmung des Ministerpräsidenten Stoiber durch den Berliner Untersuchungsausschuss in den Räumen des Bayerischen Landtags. Nach einem vorgelesenen Eingangsstatement, in dem er seine Vernehmung als Wahlkampfgetöse abtat, fiel seine Unsicherheit bei der Beantwortung der bohrenden Fragen der Ausschussmitglieder von SPD und GRÜNEN z.B. zur illegalen 800.000 Mark Spende der Firma Grundig und zu den Schreiber'schen Geheimfonds der CSU auf. Die Antworten erfolgten nur stockend, in der Formulierung oftmals unbeholfen und ausweichend. Stoiber versteckte sich hinter der Aussage, dass die Finanzen der CSU und die Spendeneingänge nicht sein Thema gewesen seien und dies nicht zu den Aufgaben des Generalsekretärs, der er damals war, gehört hätte. Keine klare Aussage machte er, ob er die MBB-Freiflüge zwischen 1980 und 1992 nachversteuert hat und er wusste nicht mehr, ob er eine Eigentumswohnung in München

bar oder per Überweisung gezahlt hatte. Susanna Tausendfreund bezweifelt die Glaubwürdigkeit der Aussage Stoibers. Sein angebliches Desinteresse für Spenden und Finanzangelegenheiten ist durch andere Aussagen und Veröffentlichungen widerlegt. Nach einer Buchveröffentlichung des früheren Schatzmeisters der CSU Friedrich Voss war Stoiber zur fraglichen Zeit Mitglied der CSU-Finanzkommission. Diese tagte z.B. mit Stoiber am 03.03.1980 um Spendenangelegenheiten zu besprechen. Stoiber hatte 1980 im Auftrag von Franz Josef Strauß an Grundig geschrieben und empfohlen, "die entsprechenden Maßnahmen über Herrn Rechtsanwalt Dr. Dannecker" abzuwickeln. Als Generalsekretär und Mitglied der Finanzkommission muss Stoiber gewusst haben, zu welcher Art von "Maßnahmen" der Spenden-Akquisiteur Dannecker eingeschaltet werden sollte, zumal dieser auch eine Schreiber-Spende an Stoibers Kreisverband vermittelte. Anderer Berufsauffassung ist auch der jetzige Generalsekretär Thomas Goppel. Für ihn ist es selbstverständlich, dass sich der Generalsekretär um Spenden und Ausgaben kümmert.

Goppel bestätigte, dass er während des Ermittlungsverfahrens gegen Schreiber, Max Strauß, Pfahls und andere mehrfach Briefe von Schreiber erhielt, die er an die Staatskanzlei weiterleitete. Trotz deren Zusage, diese Briefe an die Augsburger Staatsanwaltschaft weiterzuleiten, wurde sie zunächst in der Staatskanzlei und im Justizministerium gehortet. Der Staatsanwaltschaft wurde die Briefe erst auf Druck des Untersuchungsausschusses erheblich später zugeleitet. Die Zeugin Monika Hohlmeier bestätigte ihre Versuche, über den Amtsleiter des Justizministeriums, Wolfgang Held, den Haftbefehl gegen Schreiber zu erhalten, obwohl es nicht zulässig ist, Haftbefehle an Dritte herauszugeben. Der Zeuge Wiesheu bestätigte seine engen Kontakte zu Schreiber, konnte im übrigen aber nicht zur Klärung des Untersuchungsauftrages beitragen.

20.06.02:

Stoiber der letzte Zeuge des Ausschusses

Als letzter Zeuge im Schreiber-Untersuchungsausschuss wurde am Donnerstag Ministerpräsident Stoiber vernommen. Im Gegensatz zur Vernehmung durch den Untersuchungsausschuss des Bundes verzichtete er diesmal auf die Nennung aller seiner Vornamen (Edmund Rüdiger Rudi). Stoiber gab sich nach seinen Eingangsbeschimpfungen gegen Rot-Grün betont zugeknöpft. Seine Aussagen wiesen bedenkliche Gedächtnislücken auf. So konnte Stoiber sich nicht einmal erinnern, ob, wann und mit wem er im Kabinett über das Ermittlungsverfahren gegen Karlheinz Schreiber, Max Strauß, Holger Pfahls, Erich Riedl u.a. gesprochen hatte. Ausschließen konnte Stoiber solche Gespräche aber nicht. Dieses Schema durchzog die ganze Vernehmung. Gerade bei den Fragen zum Finanzgebaren der CSU in den 80er und Anfang der 90er Jahren, in den Jahren also, als die von Franz Josef Strauß und Schreiber eingefädelten Provisionsgeschäfte ihren Profit abwarfen, war die Erinnerung komplett verblasst. Als ob er mit dem Amtsantritt als Ministerpräsident am 17.06.1993 seine Vergangenheit mit Strauß abgestreift hätte. MdL Susanna Tausendfreund (Grünen-Mitglied im Untersuchungsausschuss): "Stoiber tut so, als ob es das alte Strauß'sche Amigosystem nicht gegeben hätte. Trotz seiner wichtigen Funktionen in Partei, Staatskanzlei und Staatsregierung will er nicht bei den Machenschaften dabei gewesen sein. Ob ihm das wohl jemand abnimmt?"

12.07.02

Nach 1 ½ Jahren hat der Schreiber- Untersuchungsausschuss seine intensive Arbeit abgeschlossen:

Den 250 Seiten starken Abschlussbericht von SPD und B'90/Die Grünen, der durch den Vorsitzenden Harald Güller vorgelegt wurde, hat die CSU ohne inhaltliche Diskussion abgeschmettert. Selbst hat die CSU einen dürftigen Kurzbericht nun zum offiziellen Abschlussbericht gemacht, aus dem hervorgeht, dass für die CSU das Ergebnis des Ausschusses von Anfang an feststand. Dieser Bericht trieft von Beschwichtigungen, falschen Sachverhaltsdarstellungen und Vorwürfen gegen Staatsanwalt Dr. Maier. An Aufklärung war die CSU nicht interessiert. Auf eine Beweiswürdigung hat die CSU verzichtet. Dafür wurden um so mehr die üblichen Parolen wiederholt. Der Untersuchungsausschuss sei parteipolitisch motiviert, zu Wahlkampfzwecken inszeniert und sollte nur das Ermittlungsverfahren skandalisieren.

Im Minderheitenbericht ist dagegen aufgelistet und belegt, auf welche perfide Art und Weise die Generalstaatsanwaltschaft unter Herman Froschauer immer wieder das Ermittlungsverfahren gegen Schreiber, Pfahls, Strauß, Kiep, Riedl und die beiden Thyssen Manager behindert hat. Die ermittelnde Staatsanwaltschaft in Augsburg wurde am kurzen Band gehalten. Notwendige Ermittlungsschritte wurden im vorauseilenden Gehorsam unterbunden, alles mit der Deckung des Staatsministerium der Justiz. Es hat sich gezeigt, dass das System Strauß immer noch funktioniert und nun als System Stoiber weitergeführt wird.

Neben personellen Veränderungen insbesondere im Justizministerium fordert Susanna Tausendfreund mehr Unabhängigkeit für die ermittelnden Staatsanwälte, ein Berichtswesen, in dem die Berichte nicht von oben diktiert werden können, sondern die Entscheidungswege transparent und nachvollziehbar sind. Schließlich fordert sie Justizminister Weiß auf, sich von den Zeugenabsprachen von Generalstaatsanwalt a.D. Froschauer und dessen Stellvertretern zu distanzieren. Mehr zur Bilanz des Schreiber-Untersuchungsausschusses auf der Homepage der grünen Landtagsfraktion.

19.07.02

Schlagabtausch im Landtags-Plenum zum Schlussbericht UA Schreiber:

Der Schreiber-Untersuchungsausschuss endete diesen Donnerstag mit einer dreistündigen Abschlussdebatte im Landtagsplenum. Die Abgeordneten Susanna Tausendfreund (B'90/ Die Grünen) und Harald Güller (SPD) belegten nochmals ihre Vorwürfe, dass auf das Ermittlungsverfahren gegen Karlheinz Schreiber, Holger Pfahls, Max Strauß und andere massiv durch die Generalstaatsanwaltschaft und das Justizministerium politisch Einfluss genommen wurde und zeigten die enge Verwobenheit zwischen den Beschuldigten und der CSU-Prominenz auf. Die CSU-Vertreter Thomas Kreuzer und Justizminister Manfred Weiß wiesen reflexartig alle Vorwürfe von sich und bezichtigten die Opposition, den Ausschuss als Wahlkampfspektakel missbraucht zu haben. Weiß beschuldigte die Opposition sogar eines "fiesen Spiels". Der Antrag der SPD-Fraktion, zu dieser wichtigen Debatte auch Ministerpräsident Stoiber und Innenminister Beckstein zu zitieren, wurde mit einer sog. Hammelsprung-Entscheidung abgelehnt. Die Zusammenfassung des Minderheitenberichts der Opposition kann auf der Homepage der Fraktion eingesehen werden. Der Schlussbericht der CSU-Fraktion und der Minderheitenbericht der Opposition kann von der Homepage des Landtags heruntergeladen werden. Die Drucksachenummer lautet 14/10.000.